

WEITERE BESONDERE VERTRAGSBEDINGUNGEN

10.2 PREISE, EINSICHTNAHME IN DIE PREISERMITTLUNG (zu § 2 VOB/B)

Der Auftragnehmer (AN) hat den Auftraggeber (AG) von sich aus darauf hinzuweisen, wenn es für ihn erkennbar in einer LV-Position zu einer über 10 v. H. hinausgehenden Überschreitung des Mengenansatzes kommen wird.

10.3 AUSFÜHRUNGSUNTERLAGEN (zu § 3 VOB/B)

10.3.1 Der AN erhält Ausführungszeichnungen und andere Ausführungsunterlagen unentgeltlich in 2-facher Ausfertigung (1 Exemplar in Papierform/ 1 Exemplar als Datensatz). Weitere Ausfertigungen werden gegen Erstattung der Selbstkosten abgegeben.

10.3.2 Der AN hat erst dann mit der Erbringung von Leistungen zu beginnen, wenn die durch ihn auf Grundlage der Ausführungsunterlage des AG erstellte Werk- und Montageplanung vom AG bzw. seines beauftragten Planungsbüros freigegeben wurde. Änderungen und Mehrleistungen, die durch einen Baubeginn ohne freigegebene Werk- und Montageplanung entstehen, gehen zu Lasten des AN.

10.3.3 Alle vom AN aufgestellten Zeichnungen, Berechnungen etc., die im Rahmen dieses Auftrages an die Objektplaner, den Fachplanern oder dem AG geliefert werden, gehen in das uneingeschränkte Eigentum des AG über.

10.3.4 Die Verantwortung und Haftung des AN erfahren durch die Genehmigung der von ihm erstellten oder beschafften Unterlagen keine Einschränkung.

Sämtliche Maße sind vom AN am Bau eigenverantwortlich zu prüfen.

10.3.5 Vor Beginn der Ausführung hat der AN, soweit erforderlich, Vorhandensein und Lage von Versorgungsleitungen durch Anfrage bei den Versorgungsträgern, sowie Einsicht in die Kabel- und Leitungspläne festzustellen. Das Ergebnis seiner Feststellungen ist bei der Ausführung verantwortlich zu berücksichtigen. Der AN hat für den Schutz gegen Beschädigungen zu sorgen.

10.3.6 Der AG behält sich vor, zu den Vertragsleistungen Muster zu verlangen die der AN unentgeltlich zu liefern und deren Bezugsquellen er nachzuweisen hat.

10.3.7 Der AN hat von technischen Anlagen bei den Herstellern Betriebs- und Anlagenbeschreibungen anzufordern und dem AG nach Fertigstellung seiner Arbeiten unverzüglich, jedoch spätestens am Tag der Abnahme zu übergeben.

10.3.8 Veröffentlichungen über die Bauleistung sind nur mit vorheriger schriftlicher Zustimmung des AG zulässig.

10.3.9 Für die gemäß Vertrag zu liefernden Revisionsunterlagen und Bestandsdokumentationen sind die CAFM-Anforderungen des Auftraggebers einzuhalten. Die Einhaltung der durch die zuständige Objektüberwachung zu Leistungsbeginn vorgegebenen spezifischen Anforderungen ist verpflichtend.

10.4 AUSFÜHRUNG (zu § 4 VOB/B)

10.4.1 Der AN erstattet dem Objektplaner bzw. dem Fachplaner täglich schriftlich Bericht (Tagesbericht) mit genauen Angaben über Soll- und Istzustand der terminlichen Abwicklung, Behinderungen, die Baustellenbesetzung sowie über Temperatur und Witterungsverhältnisse, Unfälle und sonstige wichtige Vorkommnisse.

10.4.2 Vor Beginn der Einrichtung der Baustelle hat der AN dem Objektplaner bzw. dem Fachplaner einen detaillierten Baustelleneinrichtungsplan vorzulegen und nach Abstimmung ggf. zu überarbeiten.

10.4.3 Straßen, Wege, Lager- und Arbeitsplätze innerhalb des Baugeländes werden im bestehenden Zustand zur Verfügung gestellt. Sie können vom AN nur auf eigene Gefahr benutzt werden.

- 10.4.4** Vom AG zur Verfügung gestellte Lagerplätze, Arbeitsplätze und Zufahrtswege sind bei der Räumung in den früheren Zustand zurückzusetzen.
- 10.4.5** Der AN hat für die Anlieferung der von ihm benötigten Materialien zu sorgen, diese sind frei Verwendungsstelle anzuliefern. Der AN ist auch dafür verantwortlich, dass die Materialien ordnungsgemäß an der Baustelle abgeliefert und abgeladen werden. Es besteht keine Verpflichtung des AG, Zwischenlagerplätze in direkter Nähe der Verwendungsstelle bereitzustellen oder herzurichten.
Soweit im Leistungsverzeichnis die bauseitige Lieferung von Bau- und Werkstoffen vorgesehen ist, hat der Auftragnehmer alle bauseits gelieferten, durch ihn einzubauenden Bau- und Werkstoffe rechtzeitig abzurufen, auf der Baustelle abzunehmen, abzuladen und bis zum Einbau sachgemäß zu lagern und sicher zu verwahren. Die Kosten sind in die Einheitspreise einzurechnen. Mangelhafte Teile sind sofort zurückzuweisen. Für Schäden und Verluste während der Verwahrung oder beim Einbau haftet der Auftragnehmer.
- 10.4.6** Vom AN evtl. beabsichtigte Wohn- und Schlafgelegenheiten auf der Baustelle müssen vorher durch die Gewerbeaufsicht und den Auftraggeber genehmigt werden.
- 10.4.7** Die Auflagen der Baugenehmigung sind zu beachten und einzuhalten.
- 10.4.8** PKW und LKW dürfen nur im Bereich der ausgewiesenen Parkplätze abgestellt werden.
- 10.4.9** Bauen im Krankenhaus
Aufgrund der besonderen Bedingungen im Krankenhausbau legt der Bauherr für Arbeiten, die den Krankenhausbetrieb stören (insbesondere Arbeiten, die mit Lärm oder Erschütterungen verbunden sind) folgende Arbeitszeiten fest:
Montag - Freitag von 06:00 - 12:30 Uhr und 14:00 - 20:00 Uhr und Samstag 06:00 - 12:30 Uhr und 14:00 - 16:00 Uhr. Weiterhin können Unterbrechungen durch OP-Tätigkeiten in benachbarten Räumen entstehen Dies ist bei der Kalkulation zu berücksichtigen.
Der Auftraggeber behält sich vor, bei Erfordernis des Krankenhausbetriebes darüberhinausgehende Einschränkungen vorzunehmen.
Der Auftragnehmer ist verpflichtet 24 Stunden vor Ausführung der Arbeiten in Bestandsgebäuden, in denen eine automatische Brandmeldeanlage aktiv ist, den Antrag auf Abschaltung von Komponenten der Brandmeldeanlage in der jeweils gültigen Fassung komplett ausgefüllt beim AG einzureichen.
Bei Heißenarbeiten und anderen feuergefährlichen Maßnahmen ist 5 Tage vor Arbeitsbeginn der Antrag auf Schweißerlaubnis in der jeweils gültigen Fassung beim AG zu beantragen.
Bei Erdarbeiten ist 10 Tage vor Arbeitsbeginn der Schachtschein in der jeweils gültigen Fassung beim AG zu beantragen.
Medienfreischaltungen sind 5 Tage vor Arbeitsbeginn mit Antrag zu Schaltheftungen an technischen Medien beim AG zu beantragen.
- 10.4.10** Die Benutzung von Gerüsten und Einrichtungen anderer Unternehmer ist vom AN mit dem Ersteller/Aufsteller zu vereinbaren.
- 10.4.11** Der AN hat die Pflicht zur laufenden Reinigung und - nach Beendigung seiner Leistungen - zur unverzüglichen, vollständigen Räumung der Baustelle. Die laufende Bauschutträumung und Aufräumarbeiten ist arbeitstäglich zu dokumentieren und vom Objektplaner bzw. Fachplaner bestätigen zu lassen. Der AN hat darüber hinaus den Nachweis über die ordnungsgemäße Entsorgung seines Bauschutts zu führen.
Gerät der AN mit seinen Verpflichtungen nach dieser Klausel in Verzug, hat er dem AG den resultierenden Schaden zu ersetzen, insbesondere die aufzuwendenden Kosten für die Vornahme durch Dritte.
- 10.4.12** Für die Erhaltung der Ordnung und Sauberkeit auf der Baustelle wird vom Auftraggeber ein Unternehmer mit der Erbringung der dafür erforderlichen Leistungen beauftragt. Dafür werden dem Auftragnehmer pauschal 0,2 % der Bruttoabrechnungssumme je Abschlagsrechnung inkl. Nachträge in Abzug gebracht. Betroffen von dieser Regelung sind lediglich die Reinigungs- und Entsorgungsleistungen, die zur Einhaltung von Ordnung und Sauberkeit bezogen auf nicht dem jeweiligen Auftragnehmer zuordenbare Verunreinigungen anwendbar sind. **Die Entsorgung von Bauschutt, Materialresten etc. bleibt davon unberührt, sie ist eigenverantwortlich durch**

den Auftragnehmer durchzuführen und ist mit den Einheitspreisen des Leistungsverzeichnisses abgegolten.

10.4.13 Baustelleneinrichtung

Zur Materiallagerung werden den AN abschließbare Räume im Gebäude Rotes Haus zur Verfügung gestellt. Über eine Rampe ist ein stufenloser Zugang möglich. Separate bzw. zusätzliche Containerstandplätze sind nicht vorgesehen.

10.4.14 Möglichkeit der Ersatzvornahme bei Mängeln vor Abnahme (zu § 4 Abs. 7 VOB/B)

In Ergänzung zu §§ 4 Abs. 7, 8 Abs. 3 VOB/B kann der AG, anstatt dem AN den Auftrag zu entziehen, Leistungen, die schon während der Ausführung als mangelhaft erkannt werden, auf Kosten des AN durch einen Dritten gegen mangelfreie Leistungen ersetzen lassen, wenn er dem AN zuvor eine angemessene Frist zur Mängelbeseitigung gesetzt und erklärt hat, dass er die Leistung nach fruchtlosem Ablauf der Frist auf Kosten des AN durch einen Dritten ausführen lassen.

10.5 ABNAHME (zu § 12 VOB/B)

10.5.1 Die Nutzung von Teilen des Bauwerks - auch durch andere Unternehmer - gilt nicht als Abnahme. Bei der Abnahme hat je ein bevollmächtigter Vertreter beider Vertragspartner teilzunehmen. Es ist jeweils eine Abnahmeniederschrift zu fertigen und von beiden Parteien zu unterzeichnen.

10.5.2 Es findet ausschließlich eine förmliche Abnahme gemäß § 12 Abs. 4 Nr. 1 VOB/B statt. § 12 Abs. 5 Nr. 1 und 2 VOB/B werden ausgeschlossen. Die Abnahme der beauftragten Leistung durch den Auftraggeber ist Voraussetzung für die Einreichung der Schlussrechnung durch den Auftragnehmer.

10.5.3 Die behördlich vorgeschriebenen und erforderlichen Abnahmen hat für seinen Leistungsteil der AN rechtzeitig zu beantragen und dem AG sowie dem Objektplaner bzw. dem Fachplaner zur Kenntnis zu geben. Hierdurch wird eine förmliche Abnahme durch den AG nicht ersetzt. Leistungsfeststellungen nach § 4 Abs. 10 VOB/B ersetzen nicht die Abnahme.

10.6 RECHNUNGEN (zu § 14 VOB/B) und ZAHLUNGEN (zu § 16 VOB/B)

10.6.1 Rechnungsempfänger (Rechnungsadresse) aller Rechnungen ist das:

Universitätsklinikum Leipzig AöR
Zentraler Rechnungseingang
Postfach 100640
04006 Leipzig

An den zentralen Rechnungseingang des Auftraggebers ist die Originalrechnung (Papierexemplar) ohne Aufmaße zu senden. Die Gesamtrechnung als eine PDF-Datei ist zeitgleich an den Projektleiter per E-Mail zu übermitteln.

Eine Rechnungskopie inkl. dem Originalaufmaß ist ebenfalls zeitgleich beim

Planungsbüro:
D.I.E. Projekt GmbH
Buchenstraße 12
01097 Dresden

einzureichen.

Grundlage für die Rechnungslegung ist ein vom Planer geprüftes und freigegebenes Aufmaß. Eine Leistung, die durch den Baufortschritt verdeckt werden wird, ist zuvor auf vertragsgemäße Ausführung durch die zuständige Objektüberwachung überprüfen zu lassen und gemeinsam aufzumessen. Das gemeinsame Aufmaß stellt kein Anerkenntnis der Feststellungen über den Leistungsumfang dar.

In der ersten Betreffzeile der Rechnungen ist der Projektbezug wie folgt darzustellen:

Projekt: 5P.329.01 Ausbau und Ertüchtigung Netzinfrastuktur

- 10.6.2** Ansprüche auf Abschlagszahlungen werden gemäß VOB/B § 16 Abs. 1 Nr. 3 innerhalb von 21 Tagen nach Zugang der Aufstellung (Posteingang Original beim Auftraggeber und Posteingang Kopie beim Planungsbüro) fällig. Für Abschlagszahlungen mit Skonto ist eine Fälligkeit innerhalb von 14 Tagen nach Zugang vereinbart.
- 10.6.3** In Bezug auf den Anspruch auf Schlusszahlung wird gem. § 16 Abs. 3 Nr. 1 S. 2 VOB/B ausdrücklich vereinbart, dass dieser mit Ablauf von 60 Tagen nach Zugang der Schlussrechnung fällig wird.
- 10.6.4** Macht der AN gem. § 650c Abs. 3 BGB 80 Prozent einer in einem Angebot genannten Mehrvergütung geltend, sind gem. § 650c Abs. 3 Satz 3 BGB Zahlungen, die die tatsächlich geschuldete Mehrvergütung übersteigen, dem AG zurück zu gewähren und ab ihrem Eingang beim AN zu verzinsen. § 288 Absatz 1 Satz 2, Absatz 2 und § 289 Satz 1 BGB gelten entsprechend. Aus diesem Grunde werden nach § 650c Abs. 3 S. 1 BGB geschuldete Zahlungen nur Zug-um-Zug gegen Stellung einer den potentiellen Rückzahlungsanspruch des AG besichernden Bürgschaft fällig. Die Höhe des Bürgschaftsbetrags hat dem zwischen AG und AN streitigen Betrag zu entsprechen. Die Bürgschaft muss im Übrigen in Hinblick auf die Anforderungen an den Bürgen sowie die Erklärungen des Bürgen den Anforderungen gem. Punkt 3.1 und 3.2 der Zusätzlichen Vertragsbedingungen entsprechen.
- 10.7 SICHERHEITSLEISTUNGEN und ihre Rückgabe (zu § 17 VOB/B)**
- 10.7.1** Abweichend zu § 17 Abs. 8 Nr. 2 VOB/B hat der Auftraggeber Sicherheiten für Mängelansprüche erst mit Ablauf der für diese Ansprüche nach dem Vertrag geltenden Verjährungsfrist zurückzugeben.
- 10.7.2** Abweichend zu Punkt 2.1 der Zusätzlichen Vertragsbedingungen ist die Sicherheit vom Auftragnehmer bereits für Aufträge ab einer Nettoauftragssumme von 25.000,-- € zu leisten.
- 10.7.3** Die Urkunde über die gem. Ziff. 10.6.4 zu stellende Bürgschaft wird zurückgegeben, wenn, entweder aufgrund einer Einigung zwischen AG und AN, aufgrund einer gerichtlichen Entscheidung oder weil der AN die Forderung nicht aufrechterhält, kein potentieller Rückzahlungsanspruch mehr besteht.
- 10.8 BETRIEBSHAFTPFLICHTVERSICHERUNG**
- Der AN hat vor Aufnahme der Arbeit den Nachweis einer ausreichenden Betriebshaftpflichtversicherung (Mindestwert 3,0 Mio. EUR für Personenschaden, Mindestwert 3,0 Mio. EUR für Sachschäden) zu führen und diesen jährlich neu vorzulegen.
- 10.9 BAUWESENVERSICHERUNG**
- 10.9.1** Der Bauherr schließt unter Einschluss der Interessen des Auftragnehmers für das ausgeschriebene Bauvorhaben eine Bauleistungsversicherung ab. Die Vertragsbedingungen können bei der Projektleitung des Auftraggebers eingesehen werden. Die Prämie wird als Abzug in Höhe von 0,25 % je Abschlagsrechnung der Bruttorechnungssumme anteilig auf alle Auftragnehmer umgelegt.
- 10.9.2** Die Selbstbeteiligung in Höhe von 500,-- € ist vom Auftragnehmer zu tragen, auch wenn das Bauherreninteresse (unabwendbare Ereignisse) betroffen sein sollte.
- 10.9.3** Ist die Vertragsdauer der Bauleistungsversicherung wegen Verschulden des Auftragnehmers zu verlängern, hat der Auftragnehmer für die entstehenden Zusatzkosten aufzukommen.
- 10.10 BAUSCHILD/WERBUNG**
- 10.10.1** Das Anbringen von Werbetafeln des Auftragnehmers im gesamten Krankenhausgelände sowie an den Gebäuden auf diesem Gelände einschließlich des Neubaus ist verboten.
- 10.10.2** Bauschild entfällt.

10.11 BAUZEITENPLAN

Der Bauzeitenplan ist auf Grundlage der Vertragstermine sowie des Rahmenterminplanes des AG unter Berücksichtigung des ersten Abstimmungsgesprächs sowie anderer am Bau beteiligten Firmen zu erstellen und über die gesamte Dauer der Ausführungszeit fortzuschreiben. Bei Änderung des Bauablaufes sowie auf Anforderung durch den AG/Objektüberwachung ist dieser entsprechend o. g. Koordination zu aktualisieren.

Der Bauzeitenplan ist in zweifacher Ausfertigung auf Papier sowie digital (MS-Project) zur Genehmigung beim AG bis spätestens 12 Werktage nach Auftragsvergabe vorzulegen. Nach Aufforderung sind auch alle nachfolgenden Bauzeitenpläne digital (MS-Project) beim AG/Objektüberwachung vorzulegen.

10.12 FACHBAULEITER/VERTRETER DES AUFTRAGNEHMERS

Der AN verpflichtet sich, die Baustelle während der gesamten Bauzeit mit einem der deutschen Sprache mächtigen Bauleiter besetzt zu halten, der verantwortlich die Bauausführung, die Einhaltung aller Sicherheitsmaßnahmen gemäß SächsBO, Unfallverhütungsvorschriften, Arbeitsstättenrichtlinien, Auflagen der Berufsgenossenschaften überwacht und entsprechende Maßnahmen ergreift.

Der AN hat auf der Baustelle ferner ständig einen weisungsberechtigten Vertreter zu halten, der während der Bauzeit nur mit Zustimmung von Objekt- bzw. Fachplaner ausgetauscht werden darf. Dessen Name ist dem Objektplaner bzw. dem Fachplaner schriftlich mit der ausdrücklichen Erklärung mitzuteilen, dass dieser berechtigt ist, die Anordnungen von Objekt- bzw. Fachplaner auszuführen und zu beachten sowie gemeinsame Aufmaße verbindlich gegenzuzeichnen.

10.13 BAUBESPRECHUNGEN

Der Auftragnehmer bzw. sein bevollmächtigter Vertreter ist verpflichtet, an den regelmäßigen Baubesprechungen teilzunehmen. Diese finden wöchentlich in Besprechungsräumen des Klinikums statt.

10.14 WEISUNGSRECHT/ÖRTLICHE BAULEITUNG (§ 4 Abs.1 VOB/B)

10.14.1 Die Örtliche Bauleitung obliegt dem Planungsbüro D.I.E. Projekt GmbH; Buchenstraße 12, 01097 Dresden

Die Fachbauleitung obliegt dem jeweils zuständigen Ingenieurbüro D.I.E. Projekt GmbH; Buchenstraße 12, 01097 Dresden

10.14.2 Die Objekt- und Fachplaner sind nicht zur Eingehung rechtsgeschäftlicher Verpflichtungen für den AG ohne ausdrückliche schriftliche Ermächtigung des AG befugt, insbesondere nicht für Auftragerweiterungen oder -änderungen.

10.15 LAGERPLATZ

Lagerplätze werden in begrenztem Umfang auf dem Baugrundstück gemäß Baustellen-einrichtungsplan zur Verfügung gestellt. Darüber hinaus erforderliche Lagerplätze hat der AN zu beschaffen; die Kosten sind in die Vertragspreise einzukalkulieren, ebenso evtl. Umsetzen, Abbau und Wiederherrichten der Flächen.

10.16. STROM- UND WASSERANSCHLUSS

10.16.1 Dem Auftragnehmer wird ein Stromanschluss zur Verfügung gestellt. Auf der Baustelle sind Baustromverteiler vorhanden. Die weitere Verzweigung für Zwecke des Auftragnehmers ist Nebenleistung und wird nicht gesondert vergütet. Die Stromentnahme aus dem Leitungsnetz ab bereitgestellter Entnahmestelle erfolgt in eigener Verantwortung des Auftragnehmers. Die einschlägigen VDE-Vorschriften und die Technischen Anschlussbedingungen des zuständigen

Versorgungsunternehmens für den Betrieb der elektrischen Anlagen und Geräte sind einzuhalten. Für die Bereitstellung des Anschlusses inkl. Verbrauch und Beleuchtung der Fluchtwege werden dem Auftragnehmer pauschal 0,3 % der Bruttoabrechnungssumme je Abschlagsrechnung inkl. Nachträge in Abzug gebracht.

10.16.2 Wasseranschluss entfällt.

10.17 FORDERUNGSABTRETUNGEN

Forderungsabtretungen gem. § 398 BGB bedürfen der vorherigen Zustimmung des Auftraggebers.

10.18. NACHUNTERNEHMER

Vor Beginn der Arbeiten hat der Auftragnehmer die von ihm vorgesehenen Nachunternehmer beim Auftraggeber anzuzeigen. Dafür ist zusätzlich zur schriftlichen Anzeige die vom Auftraggeber zur Verfügung gestellte Excel-Datei zu verwenden. Diese Datei ist vom Auftragnehmer erneut an den Auftraggeber zu senden (gleiches gilt für die schriftliche Anzeige), wenn ein weiterer Nachunternehmer hinzugekommen ist.

10.19. SICHERHEITS-/GESUNDHEITSSCHUTZ (BaustellV)

Die Anforderungen der BaustellV sind zu erfüllen. Die Baustellenordnung gemäß Anlage zu diesem Leistungsverzeichnis ist Vertragsbestandteil.

10.20. SPRACHE, VERTRETUNG DES AUFTRAGNEHMERS, ARBEITSKRAEFTE-EINSATZ (zu § 4 Abs.1 VOB/B)

Alle schriftlichen Äußerungen des Auftragnehmers müssen in deutscher Sprache abgefasst sein. Fremdsprachliche schriftliche Äußerungen Dritter (z. B. Bescheinigungen, sonstige Unterlagen von Behörden und Privaten) sind mit deutscher Übersetzung einzureichen. Die Übersetzung behördlicher Bescheinigungen muss vom Konsulat beglaubigt sein.

Der Auftragnehmer hat dafür zu sorgen, dass während der Arbeit auf der Baustelle ständig eine Person anwesend ist, die es ermöglicht, in deutscher Sprache zu verhandeln. Kommt der Auftragnehmer dieser Verpflichtung trotz Mahnung durch den Auftraggeber nicht nach, so ist der Auftraggeber berechtigt, einen Dolmetscher auf Kosten des Auftragnehmers heranzuziehen.

Arbeitskräfte des Auftragnehmers, die den berechtigten Anforderungen des Auftraggebers nicht entsprechen, sind auf Verlangen des Auftraggebers zu entfernen und durch geeignete Kräfte zu ersetzen.

10.21. BAUSTELLENORT

Die Baustelle liegt auf dem Gelände des Universitätsklinikums Campus Liebigstraße (jeweils im Gebäudeinneren – Bauen im Bestand).

10.22. FREMDFIRMENORDNUNG

Zur Erhöhung der Sicherheit am Universitätsklinikum Leipzig AöR und an der Medizinischen Fakultät sind die Regelungen der Fremdfirmenordnung einzuhalten. Diese regelt die Verhaltensweisen von Fremdfirmen auf den Grundstücken und in den Gebäuden des Universitätsklinikum Leipzig AöR und der Medizinischen Fakultät, die mit Bau-, Wartungs- und Instandhaltungsarbeiten an Gebäuden, Grundstücksflächen, technischen Anlagen, Medienleitungen, medizinisch-technische Anlagen sowie IT-Anlagen beauftragt sind. Der Auftragnehmer ist verpflichtet, sich durch einen vom Universitätsklinikum Leipzig AöR ausgestellten Fremdfirmenausweis zu legitimieren. Die Fremdfirmenordnung ist Vertragsbestandteil. Sie kann unter <https://www.uniklinikum-leipzig.de/Seiten/fremdfirmenordnung.aspx> eingesehen und heruntergeladen werden.

10.23. SCHRIFTVERKEHR

Sämtliche vertragsrelevanten Dokumente sind im Original per Post an den Projektleiter des Auftraggebers an folgende Anschrift zu senden.

Universitätsklinikum Leipzig AöR
Bereich 5 Planung und Technische
Gebäudeverwaltung – Herr Jens Mertel
Postfach 100640
04006 Leipzig

Der jeweils zuständige Objektüberwacher ist zeitgleich in Kopie darüber zu informieren.

Ende der Weiteren Besonderen Vertragsbedingungen